

Erscheint
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonntag.

Inserate:
Für den Raum
einer
kleinen Zeile
10 Pf.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Abonnement
vierteljährlich
1 M. 20 Pf.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Bei mehrmaliger Wiederholung von Inseraten wird entsprechender Rabatt gewährt.

Die Exped. des „Amts- und Anzeigeblasses.“

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Verordnung vom 12. Oktober 1841 (Gesetz u. Verordn.-Bl. v. J. 1841 Seite 232) werden die Herren **Gemeindevorstände des Verwaltungsbezirks der unterzeichneten Königl. Amtshauptmannschaft** hiernit veranlaßt, ein Verzeichniß der in ihren Orten wohnenden Katholiken mit Angabe der von einem jeden zu entrichtenden Gewerbe- und Personalsteuer beziehentlich Vacatscheine bis **zum 31. dieses Monats**

außer einzureichen.

Eibenstock, am 19. Mai 1876.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Bodel.

Elbr.

Auction.

Die zu dem Vermögen der falliten Firma Baumann u. Baumgärtel in Schönheide sowie deren Inhaber gehörigen Mobilien, bestehend aus dem Waarenlager, worunter besonders große Quantitäten Kleider- und Wäschebürsten, Kardätschen und Pinsel von verschiedenster Qualität sowie Vorsten, Bürsten- und Pinzelhölzer hervorzuheben sind, ferner der Comptoireinrichtung, verschiedenen Geschäftszutensilien und den zur Bürstenfabrikation nöthigen Maschinen, außerdem den Colonial- und Schnittwaaren des von Baumann betriebenen Geschäfts, sollen

Montag, den 19. Juni 1876 und die folgenden Tage,

von Vormittags 9 Uhr an

an Ort und Stelle öffentlich im Wege des Meistgebotes gegen sofortige Baarzahlung veräußert werden.

Specielles Verzeichniß liegt vom 29. Mai dieses Jahres ab an Amtsstelle aus.

Eibenstock, den 19. Mai 1876.

Königliches Gerichtsam.

Landrock.

Schmidt.

Tagesgeschichte.

— Aus Berlin schreibt die „B. Bürger-Ztg.“: Es war voraus-
zusehen, daß die Entlassung des Ministers Delbrück nicht ohne weitere
Erschütterungen in dem Bestande des preussischen Ministeriums bleiben
würde und man hat damals gleich vorhergesagt, daß auch der Herr
Finanzminister sich veranlaßt sehen möchte, aus seiner Stellung zu
scheiden. In der That sind sehr rasch ernste Differenzen zwischen ihm
und dem Reichskanzler hervorgetreten, die den Herrn Camphausen be-
wogen haben, Se. Majestät um seine Demission zu bitten. Vorläufig
sind die Differenzen allerdings beigelegt und das Entlassungsgesuch ist
zurückgenommen. Man sagt, die einmüthige Haltung der Presse in
Bezug auf den Minister Delbrück habe einen so tiefen Eindruck auf
den Reichskanzler gemacht, daß dieser um jeden Preis bemüht gewesen
ist, den Finanzminister vorläufig im Amte zu erhalten. Diesmal soll
es nicht sowohl die Eisenbahnfrage, als vielmehr das Verhältniß des
neuernannten Ministers Hofmann zum preussischen Staatsministerium
gewesen sein, welches die Verstimmung hervorgerufen hat. Herr Hof-
mann sollte nämlich Sitz und Stimme im preussischen Ministerrath
erhalten und außerdem die preussische Stimme im Bundesrath führen,
und als der Finanzminister Camphausen sich diesen Vorschlägen wider-
setzte, so soll der Reichskanzler entschlossen gewesen sein, das Präsidium
im preussischen Ministerium niederzulegen und es auf Herrn Camphausen
zu übertragen, ein Vorgang, der bekanntlich auch beim Feldmarschall
Mook spielte und nach wenigen Wochen den vollständigen Sturz des-
selben zur Folge hatte. Vorläufig ist, wie gesagt, die Differenz beige-
legt und so sehr wir vom politischen Standpunkte aus den Wunsch
hegen müssen, den Herrn Finanzminister als einen liberalen Mann in
seinem Amte zu erhalten, so müssen wir doch andererseits die dringende
Bitte an ihn richten, daß er in Anbetracht unserer trostlosen wirtschaft-
lichen Verhältnisse sich zu einer Aenderung seiner handelspolitischen An-
schauungen verstehen möchte; wir sind bereits derartig verarmt, daß
schon jetzt eine Abhilfe sehr schwer zu bewerkstelligen sein wird. Dauert
aber der gegenwärtige Zustand an, dann tritt der wirtschaftliche Ruin
unseres Vaterlandes unvermeidlich ein.

— Aus Spandau wird das auffällige Faktum gemeldet, daß
dasselbst ein „vaterlandsloser Vaterlandsvertheidiger“ in der Person eines
Unteroffiziers des dortigen Garde-Fuß-Artillerie-Bataillons ansündig ge-
macht und zur Untersuchung gezogen worden ist. Der Soldat soll seit
längerer Zeit die Versammlungen der Socialdemokraten in Zivilkleidern
besucht haben und in denselben wiederholt als Redner aufgetreten sein.

Weiter heißt es, daß in dem Quartier des Verhafteten verschiedene
interessante Papiere versteckt aufgefunden worden seien, welche die Par-
teiführer bei einer Militärperson vor der Aufführung durch die Polizei
sicherer als bei sich selbst aufgehoben vermeinten.

— Ueber die Gründe der Entlassung des bayerischen Kabinetts-
sekretärs v. Eisenhart laufen zwei verschiedene Angaben um. Die
eine, welche allem Anschein nach aus Hofkreisen herrührt, sucht glaub-
haft zu machen, daß der König seinen Sekretär nie besonders gern ge-
habt habe, weil demselben die leichte Beweglichkeit des Geistes, das
rasche und gewandte Eingehen auf neue, auf literarische und künstlerische
Ideen — mit Einem Worte, der feinere, moderne Geschmack fehle, den
der König, selbst ein Meister darin, an den Herren seines unmittelbaren
Gefolges besonders liebe. Dies ist die Darstellung der „K. Z.“, wird
aber von Vielen für Klatsch gehalten. Nach einem andern Bericht
hätte Herr v. Eisenhart seine Entlassung darum gefordert, weil der
König sich nicht gewisse Einschränkungen habe auferlegen wollen, die
sein Kabinettschef für richtig gehalten, um das zerstörte Gleichgewicht
zwischen Ausgaben und Einnahmen wieder herzustellen. Unter diesen
Umständen scheint Herr von Eisenhart den Muth und die Lust verlor-
ren zu haben, noch länger die Verantwortung seiner Stellung zu tra-
gen. Wenigstens soll sein Entlassungsgesuch in einer so entschiedenen
Form an den König gerichtet gewesen sein, daß eine Nichtgenehmigung
gar nicht denkbar gewesen wäre.

— In Weimar fand am 12. Mai eine Verhandlung gegen die
Dienstmagd Anna Sidonie Therese Staudte aus Langenberg wegen
versuchten Gismords statt. Die Angeklagte hat ihren 7 Jahre alten
Sohn vorsätzlich durch abgeschabte Streichhölzchen, welche sie in einen
Pfannentuchen gesteckt hatte, tödten wollen. Der Sohn sollte ihn des
Nachts oder vor dem Schulgehen essen. Durch besonderen Glückszufall
gab der Sohn seinem Pflegevater jenen Pfannentuchen, und wie dieser
ihn aufbrach, kam Rauch heraus und dadurch wurde der Mord abge-
wendet. Das Urtheil lautet auf 10 Jahre Zuchthaus.

— Nach einer eingegangenen Depesche wird die englische Re-
gierung ihren Beitritt zu dem Memorandum der drei Kaisermächte ab-
lehnen, nach andern Quellen hat England bereits abgelehnt. Ueber die
Form der Aufforderung, welche die Mächte nach Englands Ablehnung
voraussichtlich auf Grund des Memoires an die Pforte richten werden,
ist Näheres noch nicht bekannt. Aus der Analogie der Andraffy'schen
Note wurde gewöhnlich geschlossen, die drei Nordmächte würden identische
Noten erlassen und die andern Mächte sie unterstützen; doch wird Näheres
hierüber natürlich abzuwarten sein. Die „France“ erklärt, nach persön-